

Die serbische Note.

Die Note, die die serbische Regierung ihren Bekannten in Berlin, London, Paris, Petersburg und Rom zugekellt hat und worin sie die Wahrnehmung ihrer Interessen den Mächten erweckt, hat in Wien durchaus keinen günstigen Eindruck gemacht; denn sie läßt das Benehmen vermissen: eine

Erklärung über die Ausrüstung.

Wie Wiener Blätter meinen, sind kurz nach dem Bekanntwerden der Note eine Beratung der Generalität in Wien statt, an der alle kommandierenden Generale teilnahmen. Die Wiener Blätter stimmen dem auch in der Ansicht überein, daß, wenn auch die serbische Note eine Art gedachten Rückzuges andeuten mag, die notwendige Ausrüstung der Lage zweifellos erfolgt ist. Ein zuverschärfliches Urteil noch die "Neue Freie Presse", aber auch sie sagt, es fehle alles, was die zwei Nachbarstaaten nach den Vorhören der letzten fünf Monate dringend brauchen, um das gegenwärtige Vertrauen wieder herzustellen und sich gegenwärtig wieder in voller Sicherheit zu fühlen, um mit den törichtigen militärischen Vorbereitungen aufzuhören zu können.

Wenn man den Meldungen aus Serbien Glauben schenken darf, so hat dort eine ruhiger Stimmung Platz geöffnet. Als ein bedeutendes Zeichen ist die vollkommen friedliche

Stimmung der Skupstchina

zu betrachten, in der der Minister des Außen, Milovanowitsch, die russische und die an die Großmächte gerichtete serbische Note verlas. Milovanowitsch hob hervor, daß die Großmächte befangungslos die Schaltung des Friedens wünschen und daß Serbien sich dem Verlangen der Mächte fügen müsse. Die Skupstchina hörte ruhig zu. Weder Handlungen des Kriegsausschusses noch des Bevollmächtigten wurden laut. Das will viel heißen, denn die Skupstchina hatte doch einstimmig die Durchführung der serbischen Ansprüche gefordert. Bezeichnenderweise wurde am selben Tage, an dem die serbische Regierung ihre Note an die Großmächte absandte, an die Reiseposten des Dienstes ausgedienten Waffen und Munition verteilt, was seit dem serbo-bulgarischen Krieg nicht geschehen ist. Das spricht nicht für friedliche Absichten Serbiens.

Die Aussaffung Russlands
gilt dahin, daß die Note Österreich-Ungarn nicht befriedigen könne. Ja, man glaubt sogar in Petersburg, daß sie Österreich veranlassen könnte, ein Ultimatum zu stellen. Wie verlautet, soll Russland an der Westgrenze, besonders im Wilnaer Militärbezirk, bereits Vorsichtsmäßigkeiten getroffen haben. Die Lage wird teilweise als sehr ernst angesehen.

In diesem Augenblick ist besonders das

Verhalten Italiens

bemerkenswert. Die amtliche "Tribuna" schreibt, von Anfang an habe keine Staatskanzlei dem Stolz Österreich-Ungarns zu nahe treten wollen, und das könne man jetzt, wo sich der Horizont gefüllt habe, erst recht nicht annehmen. Die Frage soll vor einer Konferenz geklärt werden. Sollte man sich dem widersetzen, dann müsse man annehmen, daß Österreich mit Absicht einen durch nichts gerechtfestigten Druck ausüben will, und Deutschland die Absicht hat, das Wetter zu trüben. Dies würde aber im vollen Gegensatz zum Grundcharakter der deutschen Regierungspolitik stehen.

Angewiesen haben England, Russland, Frankreich und Italien den Gedanken auszutauschen, in Wien Vorstellungen erheben zu lassen. Deutlich nach den Äußerungen eines hochstehenden französischen Diplomaten soll der Wiener Regierung folgendes vorgeschlagen werden: Die Balzschoter Frankreich, England, Russland und Italien erhalten als § 5.5. außerhalb jeder Einigung in die Verhandlungen. Es wird daher Sorge getragen werden, daß die serbische Antwort (die Ausrüstung betreffend) in einem Österreich befriedigen, aber Serbien nicht demütigenden Tone gehalten sei. Den diplomatischen Takt der österreichischen Regierung bleibt die Wahl

der Form überlassen, das Ergebnis der österreichisch-serbischen Verhandlungen rechtzeitig zur Kenntnis der Großmächte zu bringen. Darauf wäre von Kabinett zu Kabinett zu erledigen, ob der eine oder andere Punkt jenes künftigen österreichisch-serbischen Verständnisses geeignet erscheine, die Billigung der Berliner Vertragsschäfte zu erhalten, oder ob das Abkommen in allen seinen Punkten als österreichisch-serbischer Nachbarvertrag anzusehen sei und demgemäß die einsame Kenntnisnahme genüge.

Man glaubt in Paris, daß weder in Wien noch in Berlin diese Art der Friedigung der schwedenden Fragen Widerstand finden wird. Dabei überlegt man aber, daß Österreich-Ungarn (und mit ihm Deutschland) nur solche Fragen auf der Konferenz behandeln wüllen, die vorher durchaus geltäti sind. Diese Standpunkt nimmt übrigens neuerdings auch die Türkei ein. In mobilmachenden Kreisen, die der türkischen Regierung nahestehen, wurde bezüglich der Konferenzfrage erklärt, die Türkei stehe durchaus auf dem Standpunkt Deutschlands und Österreich-Ungarns, das eine Konferenz nur die Aufgabe habe, Iduna, von bereits getroffenen Abmachungen Kenntnis zu nehmen.

Nach wie vor ist also die Lage ungelöst. Die Bedeutigkeit der serbischen Erfahrungen erschwert die Lage, erstatzt sie zu entwirren. Und die serbische Regierung tun das hier, um neuen Grund zur Beunruhigung zu schöpfen. So äußerte der Ministerpräsident im Kreise von Parteifreunden: Serbien verlange eine

europäische Konferenz

und erst vor dieser werde es seine Wünsche bekannten. Milovanowitsch fügte hinzu, daß Russland, England und Frankreich den Inhalt der Note klären. Auf die Frage, was man zu tun gedenke, wenn die Konferenz nicht auftrete, erwiderte der frühere Ministerpräsident Politsch, daß nach bestimmarer Befragung Russlands die Frage nur auf dem Wege einer Konferenz geregelt werden könne. Sollte die Konferenz nicht zustande kommen, so würde die Frage offen bleiben, d. h. es würde die Angliederung der Provinzen von Seiten Russlands sicher nicht anerkannt werden. Dies würde für Österreich-Ungarn von großer Tragweite sein. Serbien habe Zeit. Je länger sich die Sache hingeholt, desto mehr Zeit bleibe Serbien, sich für den entscheidenden Moment zu rüsten. Serbien werde vor Österreich-Ungarn nicht kapitulieren, solange es von Russland die gleiche, aufrichtige Unterstützung erfahre, wie in der letzten Zeit.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm empfing am 11. d. den Reichskanzler in längerer Audienz. Wie verlautet, hat der Kanzler dem Monarchen einen Vortrag über die gegenwärtige Lage auf dem Balkan gehalten.

* In parlamentarischen Kreisen erhält sich das Gericht, daß der dreizehn. November inister Dr. Holle mit Rücksicht auf seinen andauernd ungünstigen Gesundheitszustand nicht wieder in sein Amt zurückkehren werde. Unter den Namen der Kandidaten, die als seine Nachfolger in Betracht kommen sollen, wird neuerdings neben demjenigen des Ministerialdirektors Schwarzkopf sowie der Oberpräsidenten v. Jagow und v. Regel auch derjenige des Oberpräsidenten v. Wenzel (Hannover) genannt.

* Der Bundesrat hat dem Entwurf eines Gesetzes bezüglich der Ausübung des Strafgerichts zugestimmt.

* Die diesjährige Kaisermarsch verdiene wahrscheinlich im nördlichen Württemberg stattfinden werden, sollen einen ganz besonderen großen Umfang annehmen. Unter anderem werden fünf bayrische Divisionen teilnehmen.

* In der Reichstagssitzung in ein von der Regierung als unannehmbar bezeichneten Antrag v. Geißelgasse zur gezielten Einführung des 8-Uhr-Laboreinschlusses im Handelsgewerbe angemommen worden.

Ende ein Hohn sind auf die Gestaltung und Ausführung unseres Jahrhunderts, und doch jeder Feind der Künste und des Kultus ist auch gegen derartige Überbleibsel mittelalterlicher Kultur fröhlich anstreben sollte. In einem sozialen Sinne, Frau Gräfin, wurde der Sieg ihres Kükens auch der Sieg der Humanität und des gehenden Menschenverständnisses. Ein solcher Aufgabe aber werde ich mich niemals entziehen."

"Was auch immer Sie zur Annahme dieses Mandats bestimmt haben mög," erwiderte Rossella, "ich werde jedenfalls niemals auf hören, Ihnen dankt zu danken; denn ich weiß, daß meine Sache nicht in besserer Händen sein kann, als in den Ihren. Wenn darf ich Ihnen die in meinen Händen befindlichen Papiere und Dokumente genommen, mit dem Beurkundung des von Ihnen erwähnten Hauses unterrichtet und den Standpunkt der Gegenpartei kennen lernen habe, werde ich imstande sein, eine eigene Meinung abzugeben. Ob dieselbe Ihren Wünschen entsprechen wird, weiß ich in diesem Augenblick noch nicht; aber es würde mir selber aufrichtige Genugtuung bedeuten, wenn es der Fall sein könnte, denn ich bin allerdings der Ansicht, daß Bestimmungen, die in jenem Hausesgesetz enthaltenen, ge-

* Das preuß. Abgeordnetenhaus hat am 11. d. die wichtigsten Verlagen seiner Session unter Druck und Nachdruck gebracht; denn es stand die dritte Verhandlung des Gelegenheitswurfs bezüglich der Beamtentzierung der Gemeindesteuer sowie die Wohnungsgeldabschaffung und das Steuergesetz zur Beurteilung, das neben dem Stempelsteuergesetz die Mittel für die erhöhten Einkommen der Beamten bringen soll. Dazu auch das Herrenhaus den Gelegenheitswurfs zustimmen wird, ist außer allem Zweifel.

* Dieser Lage sind von der Regierung im Westen Deutschlands fünf Weinmarktrechte, zwei in Kreuznach, zwei in Koblenz, einer in Trier angezeigt worden. Im Osten sollen demnächst eine oder zwei solche Städte eingerichtet werden.

Frankreich.

* Der Senat hat die neue Nachtragsforderung für Marocco in Höhe von 25 Millionen Franc angenommen.

* Zwei hohe französische Offiziere wurden wegen Disziplinarbruchs im Anschluß an Kämpfen zwischen Kolonialregimentern und Truppen der regulären Armee zu Strafenstrafen verurteilt. Sie hatten Einschiffung verhindert, als der Kommandeur ihres Regiments des fortwährenden Disziplinarbruchs beschuldigte, und erklärte, der größere Teil der Kolonialsoldaten werde in einem europäischen Kriege „hinten bleiben“, wenn es gelte, den Feind anzugreifen.

England.

* Die Admiralität hat beschlossen, unverzüglich mehrere Kriegsschiffe mit tausenden Motorbooten (der neuen Erfindung einer englischen Schiffbauform) bauen zu lassen. Die neue Erfindung ermöglicht den Bau von Schiffen ohne Schornsteine, was für die Geschwindigkeit der Schiffe von unabbaubarem Tragweite ist.

Italien.

* Die Nachricht von der Auseinandersetzung des Einspruches eines weltlichen Machts bei der Papstwahl wird jetzt amtlich bestätigt. Im Amtsblatt des Bistums heißt es über das Einspruchsschreiben u. a.: Wir verbieten allen Kardinälen und allen andern, die einen Teil an der Papstwahl haben, unter irgendwelchem Vorwand von einer weltlichen Macht den Austrag anzunehmen, Einspruch zu erheben, sei es auch nur unter der einfachen Form eines Briefes." — Die Balle ermahnt ferner die Kardinäle, bei einer Papstwahl keinerlei Rücksicht auf Einschüchterungen weltlicher Fürsten oder auf sonstige weltliche Grundungen zu nehmen, sondern nur den Ruhm Gottes und das Wohl der Kirche im Auge zu haben und ihre Stimmen auf den zu vereinigen, der am ehesten in die Kirche inbrückende und ehrliche Weise zu leiten.

Rußland.

* Nach einer Meldung des B. L. wird in den nächsten Tagen die Begnadigung der in der Peter-Paul-Festung gefangenen Helden von Port Arthur, des Generals Strelitzki sowie der Admirale Nebogatow, Grigorow und Michail erfolgen. Strelitzki hat, wie es heißt, in jüngerer Zeit einen Schlaganfall erlitten und der Admiral Michail ist an Schwindsucht erkrankt, so daß die Arzte ihm den Aufenthalt in südlicher Klima „verordneten“. Der Marineminister bevorzugte das Gnadengefäß beim Baron.

Amerika.

* Die argentinische Regierung hat eine Anzahl von Offizieren zum Studium des Militärs nach Japan und Deutschland entsandt. Diese Offiziere sollen nach ihrer Heimkehr eine völlige Neuordnung in der militärischen Armee vornehmen.

Athen.

* Griechisch-Siam und England ist ein Vertrag unterzeichnet, durch den letzter drei neue Provinzen auf der malaiischen Halbinsel gewinnt.

Deutscher Reichstag.

Am 11. d. wird die zweite Sitzung des Weinmarktrechts fortsetzen bei § 3.

Abg. Spindler (Betr.): Wir halten an der Kommissionsschlußfassung fest. Die Kommissionsschlußfassung das Richtige, sie berücksichtigt die Interessen der Winzer. Die Vorstände über Distanz-Weine wie beim § 6b (Bestimmtheit) aufrecht erhalten müssen.

Abg. Pötschke (nat.-R.): empfiehlt die beiden Teile seines Antrages. Über die Kommissionsschlußfassung werde ohnehin kein Weinbauer Zunder setzen; denn wer gutem Wein Zunder setzen, wird ohnedies schon durch seine Dummheit gestraft.

Schulrat Stein: Die Bedenken der beiden Vorstände im bezug auf die angebliche Forderung der Zunderung sind doch wohl nicht berechtigt. Die Herren nehmen zwar an, es führt zu einem Zunder, auch für ehrliche Winzer werden, wenn die Zunderung nur erlaubt wird, leichter der Zunderfahrer aus Traubensieder wird und herkömmliche Erzeugnisse entgeht. Aber noch ein guter Zeitgang ist darüber bestellt, um den Saatverlusten doch wohl nicht solche Unwissenheit oder Meinungsverschiedenheit, wie die Herren den Antrag Hormanns (31. Januar) dazu ist, dass Haus zu prüfen.

Abg. Preiß (Wl., Brem.): Spricht gegen Abstand. Sein Antrag ist unnötig. Es gibt aber als Saatverluste, die feststellen, was ein Zeitgang ist. Wer hätte schon an einer Sitzung des zulässigen Zunderfahrers gedacht. Und dieser Saatverlusten doch wohl nicht solche Unwissenheit oder Meinungsverschiedenheit, wie die Herren den Antrag Hormanns (31. Januar) dazu ist, dass Haus zu prüfen.

Abg. Behmann-Bleibdalen (sol.): Seine Voraussetzung hätte die Regierung die Zunderung nach der behördlichen Genehmigung abändern müssen. Das wollte sie aber nicht. Die Zunderung bis zu 20 Prozent ist überzeugend. Wir hoffen, daß sie schließen lassen.

Abg. Schäfer (Betr.): Das richtige ist, in bezug auf Einschüchterung zurückzukehren. Der Antrag Poche ist mir unannehmbar. Nur bei einer Zunderung ganz unterteilen kann ich § 6b dort keine Einschüchterung verhindern. Der Zeitpunkt hat sich herausgestellt, daß der best. Wein, Rotwein, stark mit spanischem Wein vermischt war. Verkauf wurde er als deutsches badischer Wein. Dadurch geht der Weinbau in Baden zurück!

Abg. v. Wölff-Metternich (Betr.): erläutert sich für den Antrag Poche der Streit um ein zulässiges Bestimmung im § 3, sowie für den Antrag Hormann, die Zunderung bis zum 31. Januar aufzulassen.

Abg. Hahn-Herrenheim (nat.-R.): bestimmt den Antrag Poche. Er erinnert an eine Beschlussschlußfassung, die die Rücksicht auf Einschüchterung verschiedenartig verschieden handelt. Und dann noch einen der Anteile davon zu verzögern, darf, wenn dieser in der Gesamtheit überwiegt und darüber hinaus bestimmt. Der Antrag sei praktisch unbedeutend.

Abg. Wieland (Südd. W.): Den Antrag Poche lehnen wir ab.

Abg. Thälert (Betr.): begründet einen Antrag, wonach die Menge des jüdischen Zunderfahrers proportional festgesetzt wird; sondern es soll soviel Zunder zugestellt werden können, als notwendig ist, um ein Zeugnis zu gewinnen, wie es in einem Jahrzehnt in der betreffenden Sache ohne Zunder erreicht wird.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Gregorius (Betr.) kommt die Entscheidung. Unter Abstimmung aller Abänderungsanträge wird § 3 in der Fassung der Kommissionsschlußfassung angenommen. Nun jedoch steht es bei den Kommissionsschlußfassungen, obwohl bei § 6b Saatverluste v. Wieland-Möller bestimmt werden.

Bei § 6b, der den Verlust behandelt, wird mit überwältigender Mehrheit gegen wenige einzige Stimmen abgestimmt.

Die §§ 7 und 8 werden ohne Debatte abgestimmt.

Bei § 9, der den Haushalt behandelt, bestimmt die Menge des jüdischen Zunderfahrers nach Abstimmung der Kommissionsschlußfassung.

Bei § 14 erläutert Abg. Wieland im Raum alle kleinen nicht laufmännisch gehaltenen Deute dringend die Durchführung so einfaßt wie möglich.

Der Antrag Hormann, die Zunderung bis zum 31. Januar aufzulassen, wird abgelehnt.

Das Votum über die Doppelbelastung wird nach der Abstimmung in zweiter Lesung in der Sitzung der Kommissionsschlußfassung angenommen mit der Begründung, die mögliche Verkürzung der Sitzung.

Darauf verzagt sich das Haus die Dienstag-

einen Tag zu entgehen.

Abg. Weiß (nat.-R.): die Kontrolle über den Haushalt möglichst wenig belastend zu gestalten.

Bei § 14 erläutert Abg. Wieland im Raum alle kleinen nicht laufmännisch gehaltenen Deute dringend die Durchführung so einfach wie möglich.

Der Antrag Hormann (zu § 13) wird abgelehnt und das Votum in allen seinen einzelnen Teilen unverändert in der Kommissionsschlußfassung angenommen.

Das Votum über die Doppelbelastung wird nach der Abstimmung in zweiter Lesung in der Sitzung der Kommissionsschlußfassung angenommen mit der Begründung, die mögliche Verkürzung der Sitzung.

Die Kommissionsschlußfassung ist bestimmt, die Sitzung zu verzögern.

</div